

# Union in Deutschland

## Informations-Dienst

der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands

Zahlungen an Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, Bonn, Argelanderstr. 173, Postscheckkonto K5In 36531 und Bankverein Westdeutschland, Filiale Bonn 7487

Nr. 94

Bonn, den 12. Dezember 1951

V. Jahrg.

## Von London nach Straßburg

Die Reise des deutschen Außenministers und Bundeskanzlers in den Londoner Winternebel hat in ihren Ergebnissen wieder einmal deutlich gemacht, ein wie starkes deutsches Aktivum in der europäischen Außenpolitik die Persönlichkeit Dr. Adenauers geworden ist. Wenn es heute schon eine deutsche Außenpolitik wieder gibt, so ist das in erster Linie das Verdienst eines Mannes, der mit ebenso klarem wie nüchternem Blick die internationalen Gegebenheiten übersieht und sie mit Maß und Takt und unbeirrbarer Zähigkeit, auch mit einer inneren Zuversicht zu nützen weiß, die mit illusionärem Optimismus wirklich nichts zu tun hat.

Der Bundeskanzler kam nach London in einem Augenblick, in dem das englische Volk und seine politischen Führer mit eigenen Sorgen außenpolitischer und innenpolitischer Natur mehr als beschwert waren. Die Stimmung in England war ihm, wie verschiedene Pressestimmen aus dem konservativen wie dem Labour-Lager zeigten, keineswegs allzu günstig. Er ging auch nicht als Utopist mit dem Glauben nach London, die englische Europapolitik etwa in der Einstellung zur europäischen Armee oder zur Montanunion ändern zu wollen. Sein Ziel war, das deutlich auch in England noch spürbare Mißtrauen aufzulockern, sich in persönlicher Fühlungnahme über die Stellung der britischen Regierung zu den wichtigsten, Deutschland angehenden Fragen zu informieren und das Verständnis für die Lage seines Landes und die Linie seiner Politik zu vertiefen.

Diese Ergebnisse wurden in vollem Umfang und zur Befriedigung Dr. Adenauers erreicht. Die Klarlegung der deutschen Position ist ihm vom ersten Augenblick an und überall, wo er Gelegenheit hatte, zur Öffentlichkeit zu sprechen, gelungen. Die Äußerungen der Presse wurden positiver, zum mindesten in der unbestrittenen Anerkennung seiner Person und der Aufrichtigkeit seines Willens. Bemerkenswert war es, daß ein Mann, wie der frühere Deutschlandminister Hynd, sein Parteiblatt „Daily Herald“ in einem erfreulich fairen Leserbrief ermahnte zu einem Wort der Ermutigung, das er für passender erklärte als Worte der Feindseligkeit. Die „Times“, die für die Äußerungen des deutschen Außenministers weitgehend ihre Spalten öffnete, bezeichnete die Einbeziehung Deutschlands in die westliche Verteidigung als zwingend notwendig. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die phrasenlose nüchterne Art des Sprechens und Denkens, die vom Kanzler immer wieder gewählte Beweisführung des gesunden Menschenverstandes, die dem englischen Empfinden so entspricht, viel zu der persönlichen Wirkung Dr. Adenauers in London beitrug.

Ein denkwürdiges Ereignis der Zeitgeschichte dürfte die Begegnung der zwei Alten, dieser zwei im besten Sinne konservativen Gestalten der politischen Gegenwart, Dr. Konrad Adenauers und Winston Churchill, gewesen sein. Beide haben sie in ihrer politischen Frühzeit noch die ausgehenden Jahrzehnte des vergangenen Jahrhunderts, beide noch den Glanz ihrer Reiche erlebt, Zeitgenossen der Queen Victoria und Bismarcks. Beide sehen sich in ihrem hohen Alter vor Aufgaben gestellt, die fast das Maß menschlicher Möglichkeiten überschreiten. Wenn auch jeder von beiden aus seiner besonderen Bedingtheit heraus seinen eigenen Weg vorgezeichnet sieht, der zunächst vielleicht in verschiedener Richtung zu laufen scheint, so dürfte das Ziel, das beide sich im Weiten gesteckt haben, doch das gleiche sein. Der Brite und der Deutsche haben sich beide unmißverständlich immer wieder zum Europäertum bekannt, und aus der persönlichen Begegnung dürfte sich gerade im Menschlichen, das so bedeutsam auch in der Politik ist, eine Verbindung ergeben, die für die Zukunft von wesentlicher Bedeutung ist.

Die Aussprachen mit Außenminister Eden, der Empfang beim König zeigten, wie heute schon wieder der Vertreter des deutschen Volkes gewertet wird. Mit Dr. Adenauer beim englischen König war das deutsche Volk beim englischen Volk zu Gaste, ein Ereignis, das eine lange Spanne verhängnisvollen Irrganges abschließt. Der Beginn einer engeren Zusammenarbeit wurde durch diese politischen Aus-

sprachen geschaffen, in denen die von der englischen Politik erstrebte Normalisierung der Beziehungen des Westens zur Sowjetunion ebenso als im deutschen Interesse liegend festgestellt wurden, wie andererseits der Gedanke einer Neutralisierung Deutschlands entschieden abgelehnt wurde. Insgesamt ergab sich der Eindruck, daß die Bundesrepublik auch in London als aktiver Faktor der Europapolitik eingeschätzt wird.

Der Zusammenbruch Deutschlands hat einst ins staatliche Nichts geführt, aus dem langsam und mühsam eine neue Ordnung im Inneren sich bildete. In der Regelung der Beziehungen zur Außenwelt war der Weg auf den Petersberg als notwendige Station und nun vom Petersberg wieder herunter in die europäischen Hauptstädte mit unendlicher Arbeit, mit zäher Geduld, mit täglicher Anspannung aller geistigen und physischen Kräfte für den ersten Nachkriegskanzler verbunden. Von London fuhr er, der wahrlich nicht zu seinem Vergnügen, sondern um seines Volkes willen in seinem Alter noch zum „Reisekanzler“ wurde und auf diese Bezeichnung stolz sein kann, über Bonn nach Straßburg. Auch dort hat er wieder angesichts einer vielfach als kritisch empfundenen Situation mit dem vollen Einsatz seiner Person sich dafür eingesetzt, daß der tote Punkt in der Gestaltwerdung Europas und seiner Verteidigung gegen die gemeinsame Bedrohung überwunden wird und funktionsfähige Organe entstehen. Überall, wo es um Europa geht und damit auch um Deutschland und seine Freiheit und Einheit, ist der deutsche Kanzler und Außenminister persönlich zur Stelle, den man in Karlsruhe auf dem letzten Parteitag mit Recht als den „Mann mit dem tapferen Herzen“ gefeiert hat.

## Offene Karten

In dieser Woche beginnen im Bundestag die Vorberatungen zur Ratifizierung des Schuman-Planes in erster und zweiter Lesung. Zunächst werden sich die Ausschüsse für Auswärtige Angelegenheiten und für Wirtschaftspolitik mit der Materie befassen. Kommen Montag wollen sich dann die Fraktionen in einer letzten Aussprache schlüssig werden.

Im Wirtschaftsausschuß wird man sich zweifelsohne noch einmal über die aus dem Schuman-Plan für Deutschland mittelbar sich ergebenden Fragen unterhalten; im Auswärtigen Ausschuß dürfte es für die Mehrheit keinerlei Zweifel darüber geben, ob das positive Gewicht dieses politisch konstruktiven Vertragswerkes von entscheidender Bedeutung für die weitere europäische Entwicklung ist.

Die Vorbesprechungen der CDU/CSU-Fraktion haben darüber hinaus bereits eindeutig erwiesen, daß sich die Abgeordneten dieser Fraktion nicht nur um das Gelingen des Planes selbst willen, sondern um der

politischen Integration Europas willen zu ihm bekennen werden. Sie sind sich dessen bewußt, daß das „Ja“ zu diesem Vertrag zum Beginn ein gewisses Maß von Mut und Vertrauen verlangt. Die Diskussion in der französischen Kammer hat gezeigt, daß auch dort Einzelbedenken und unverbrüchlicher Wille zur Konstruktion europäischer Wirkung miteinander ringen.

Dieser Beginn verlangt angesichts der Besonderheit der deutschen wirtschaftlichen und politischen Stellung innerhalb der westlichen Welt in vieler Hinsicht mutige Ent-

### Aus dem Inhalt:

Dr. Adenauer im Chatham House  
Was will der DGB?

Ausgabenstopp oder Gefahr für die  
Währung

Schäffer läßt Schumacher vor Gericht  
Ein Erfolg und sein Echo

## Dr. Adenauer im Chatham House

schlossenheit. Wir stehen noch unmittelbar vor der Ablösung des Besatzungsstatuts, empfinden dabei zwangsläufig also auch noch die Beschränkungen, die uns mit diesem System auferlegt worden sind. Dabei spielt z. B. die Entflechtung der Grundstoff-Industrien und die Dekartellisierung eine große Rolle. Die Tatsache, daß diese Maßnahmen von den Alliierten als wesentliche Kriegsziele gewertet worden sind, macht es erklärlich, daß die Alliierten auch heute, da diese Maßnahmen noch nicht als abgeschlossen angesehen werden, mit einer für die deutschen Interessen nicht gerade erfreulichen Beharrlichkeit an ihrer Durchführung festhalten möchten. Obgleich nun unmittelbar diese Probleme mit dem Schuman-Plan nichts zu tun haben, ist vom wirtschaftlichen Standpunkt her bei zahlreichen Abgeordneten das Gefühl einer nicht ausreichenden Klärung im Sinne des europäischen Vertragswerkes vorhanden.

Bei den Überlegungen über die Zweckmäßigkeit der Ratifizierung wird jedoch vor allem davon ausgegangen werden müssen, daß ein Hinausziehen der Unterschrift bis zur endgültigen Lösung der nebenher lau-

### West und Ost

Die Außenminister der drei Westalliierten haben auf ihrer Washingtoner Konferenz am 14. September ausdrücklich erklärt, daß die Politik ihrer Regierungen die Integration eines demokratischen Deutschlands in eine kontinentale europäische Gemeinschaft auf der Grundlage der Gleichberechtigung zum Ziel hat, eine Gemeinschaft, die selbst in eine in ständiger Entwicklung begriffene atlantische Gemeinschaft eingegliedert ist.

Die Mentalität Sowjetrußlands und die Einstellung der Vereinigten Staaten beweist nichts schlagender als folgendes:

Sowjetrußland hat bis Ende 1950 aus der Sowjetzone, abgesehen von den Besatzungskosten, 26,8 Mrd. DM entnommen, wir haben bis heute an Marshallplangelder 1,5 Mrd. Dollar erhalten.

Dr. Adenauer, Parteitag 1951.

fenden wirtschaftlichen Fragen keinerlei Vorteile, sondern nur erhebliche politische Nachteile zur Folge haben würde.

Aus diesem Grunde ist es das Bemühen der Bundesregierung wie der Koalitionsparteien, in Besprechungen auf höchster Ebene, unabhängig von den Beratungen über den Schuman-Plan, einen tragbaren Kompromiß zwischen der deutschen und der alliierten Auffassung vor allem in Dekartellisierungsfragen zu finden. Wirtschaftssachverständige der CDU/CSU-Fraktion nehmen ebenfalls in dieser Woche an den Fachberatungen hierüber teil.

Die Mehrheit des Bundestages hat in ihren Besprechungen keinen Zweifel darüber gelassen, daß die unmittelbaren politischen Vorteile die aus der gegenwärtigen Situation heraus verständlichen Bedenken weit überwiegen. Die Tatsache, daß offen über diese Meinungsverschiedenheiten in wirtschaftlichen Fragen zwischen Deutschen und Alliierten gesprochen wird, zeigt deutlich, daß die Regierung nicht gewillt ist, unter falschen Voraussetzungen ein politisches Faktum zu schaffen. Sie legt die Karten offen auf den Tisch, für die Alliierten und vor allem für die deutsche Öffentlichkeit. Diese Karten zeigen aber auch deutlich, daß für die Bundesrepublik eine stattliche Anzahl Trümpfe im Spiel sind.

In seiner Rede im Chatham House, vor den Mitgliedern der Königlichen Gesellschaft für internationale Angelegenheiten, gab Dr. Adenauer ein Bild von der politischen und psychologischen Situation Deutschlands in geschichtlicher Sicht, für die Gegenwart belegt mit wirtschaftlichen Erfolgsdaten seiner Regierungsepoche und mit einem Einblick in die dem Osten gegenüber notwendige, sozial vertiefte Verteidigungsverpflichtung. Auch diese Rede trug dazu bei, das Verständnis für die Besonderheit der deutschen Situation zu verstärken.

Dr. Adenauer ging davon aus, daß in Großbritannien die Demokratie die Frucht eines ununterbrochenen Prozesses und als solche unbestritten ist, während in Deutschland sich im 19. Jahrhundert, gleich nach dem Beginn des Erwachens eines nationalen Bewußtseins, ein Bruch in dem Streben nach Freiheit und Einheit vollzog. Nach dem ersten Weltkrieg zeigte sich, daß die Begriffe der Freiheit und Ordnung keineswegs schon für den einzelnen deutschen Staatsbürger ein Teil seiner selbst geworden waren. Heute ist die Bundesregierung entschlossen, mit den Überresten der vergangenen Epoche unnachlässig fertig zu werden und eine Wiederkehr der Vorgänge der Jahre 1930—1933 zu verhindern. Dr. Adenauer erklärte in diesem Zusammenhang:

„Die Werte der europäischen Kultur können in der deutschen Demokratie nur dann lebendig sein, wenn jeder Einzelne an ihren geistigen und materiellen Gaben vollen Anteil hat. Der Begriff der Freiheit hat in unserer Zeit einen erweiterten Inhalt bekommen. Er umschließt neben der politischen und religiösen Freiheit auch die soziale Freiheit, ich meine damit die Freiheit von Hunger und Not, die Freiheit zu persönlicher und wirtschaftlicher Entfaltung. Die Verwirklichung dieser sozialen Freiheit ist auch eines der wesentlichen Ziele unserer Demokratie.“

Nach einem Überblick über die Zerstörungen des Krieges und die bisher erzielten Aufbauenerfolge fuhr er fort:

„Die Bundesregierung betrachtet die Lösung dieser brennenden sozialen Probleme als einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung des Westens. Denn nur, wenn es uns gelingt, Deutschland, dieses wichtige Grenzgebiet der atlantischen Welt, gegen den nicht nachlassenden Druck des Ostens und der von ihm angewandten subversiven Methoden auch auf sozialem Gebiet immun zu machen, sind Verteidigung und Sicherheit Europas gewährleistet. Soldaten und Waffen allein reichen zur Sicherheit nicht aus.“

Nach dem Sturz der totalitären Idole und den Leiden des Krieges stand das deutsche Volk an einem Abgrund. Damals ist es aber auch deutlich geworden, daß das Bewußtsein der abendländischen christlichen Werte in ihm nicht erloschen war. Die Katastrophe brachte das deutsche Volk zu der Einsicht, daß der Friede in der Vergangenheit jeweils an einem übersteigerten Nationalismus zerbrochen war. Daraus erwuchs die Erkenntnis, daß unsere Existenz ebenso wie die aller anderen europäischen Völker nur innerhalb einer über die nationalen Grenzen hinaus wirkenden Gemeinschaft erhalten werden kann. Ausdruck dieser Überzeugung ist Artikel 24 unseres Grundgesetzes vom Jahre 1949. Danach ist die Bundesrepublik bereit, durch Gesetz Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen zu übertragen und in die Beschränkungen ihrer Hoheitsrechte einzuwilligen, die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern.

Aus dieser Einstellung heraus hat die Bundesrepublik an zwei Vertragswerken

mitgearbeitet, dem vor der Ratifizierung stehenden Schumanplan und an der europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Die Montanunion schließt durch Entziehung der Grundrohstoffe aus der Verfügungsgewalt der beteiligten Staaten die Gefahr einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen den Vertragspartnern ein für allemal aus. Damit ist der entscheidende Schritt zur Lösung des deutsch-französischen Problems getan. Zur Schaffung einer europäischen Armee übernationalen Charakters anstelle der früheren Koalitionsarmeen bemerkte der Kanzler: „Nichts dient wohl besser der Entwicklung eines gemeinsamen europäischen Bewußtseins als das Zusammenwirken der europäischen Völker bei der Verteidigung der gemeinsamen europäischen Heimat und des gemeinsamen europäischen Erbes.“

Hinsichtlich Großbritanniens fügte er hinzu: „Großbritannien ist ein Partner im Europarat, ein Partner im Commonwealth und ein Partner in der Verteidigungsgemeinschaft, die den Atlantik überspannt. Es kann deshalb, wie vor kurzem ein prominentes Mitglied der britischen Regierung vor dem Unterhaus erklärte, die Rolle Großbritanniens sein, diese drei Gemeinschaften durch seine gleichzeitige Partnerschaft in ihnen zu einer höheren Einheit zu verschmelzen.“

Der Bundeskanzler schloß seine Ausführungen vor diesem politisch so bedeutsamen Gremium mit einem Hinweis auf das Übereinkommen der Außenminister der Westmächte mit der Bundesrepublik in Paris, das die Bundesrepublik auf Grundlage der Gleichberechtigung in eine europäische Gemeinschaft eingliedert, die ihrerseits in die atlantische Gemeinschaft eingefügt ist.

### Das interessiert Sie . . .

Christian Fette, der 1. Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, hat der Bundesregierung in einem Interview mit dem süddeutschen Rundfunk die Unterstützung der Gewerkschaften im Kampf gegen den Rechtsradikalismus zugesagt.

Die Bundesrepublik und Jugoslawien sind übereingekommen, die normalen diplomatischen Beziehungen aufzunehmen und ihre Gesandtschaften in Belgrad und Bonn zu Botschaften zu erheben.

Die alliierten Rechtsvorschriften über die Währungsgesetzgebung sollen durch ein Gesetz abgelöst werden, dessen Entwurf die Bundesregierung jetzt dem Bundesrat zugeleitet hat.

Für eine europäische Postunion stimmten 74 Abgeordnete der Straßburger Europaversammlung. Der Plan geht als Empfehlung an den Ministerausschuß.

Bundesernährungsminister Prof. Niklas hat sich einer Gallenoperation unterziehen müssen. Sie ist erfolgreich verlaufen. Der Minister wird in nächster Zeit seine Tätigkeit in Bonn wieder aufnehmen können.

## A IV 8 a Allgemeines

### Dr. von Brentano sprach vor der UN

Zum ersten Mal in der Geschichte der Vereinten Nationen haben am 8. Dezember offizielle deutsche Vertreter — der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. von Brentano, Vizepräsident des Bundestages, Dr. Schäfer, FDP, und der regierende Bürgermeister von Berlin, Prof. Reuter (SPD) — im Namen der Bundesrepublik vor diesem Forum gesprochen und die Wiedervereinigung auf Grund freier Wahlen als das Hauptanliegen der deutschen Politik bezeichnet. Als erster deutscher Redner nannte Dr. von Brentano vor dem Zweiten Politischen Ausschuß der Vollversammlung die „Deutsche Demokratische Republik“ ein Gebilde, das nur auf dem Papier seiner Verfassung eine Demokratie sei, nicht aber in Wirklichkeit. Die vorgeschlagene internationale Untersuchungskommission könne den Eisernen Vorhang zwischen den beiden Teilen Deutschlands niederreißen und sich dann selbst überzeugen. Brentano führte darauf zahlreiche Beispiele für die Verletzung der Menschenrechte durch die Regierung der sowjetischen Zone an. Die Abhaltung freier Wahlen in ganz Deutschland sei ein entscheidender Schritt in Richtung auf die dringend notwendige Wiedervereinigung Deutschlands. „Der Zusammenschluß der vier Besatzungszonen und Berlins kann nur durch freien Entschluß des deutschen Volkes zustandekommen. Wir wissen, daß niemand uns von dieser Pflicht unserem Volke gegenüber befreien kann.“ Nach der Überzeugung der Bundesregierung und der großen Mehrheit des deutschen Bundestages könnten freie Wahlen nur dann verwirklicht werden, wenn auch in den Gebieten der sowjetischen Zone Voraussetzungen für freie Wahlen bestünden: wenn jeder Deutsche auch die Möglichkeit habe, sich völlig frei, in dem völligen Besitz seiner Bürgerrechte auszusprechen. — Auf einer anschließenden Pressekonferenz der drei deutschen Delegierten brachte Dr. von Brentano die Genußnahme Deutschlands darüber zum Ausdruck, daß die Frage der deutschen Einheit durch die Behandlung in der UN als Zentralproblem der internationalen Politik anerkannt sei. In der Bundesrepublik begrüße man eine Untersuchung durch eine UN-Kommission angesichts der Vorwürfe und Beschuldigungen durch die Sowjetzonenregierung. „Wir haben nichts zu verbergen“, erklärte Dr. von Brentano. Er hob hervor, daß es keine Alternative zwischen der Wiedervereinigung Deutschlands oder seiner Eingliederung in die westliche Welt gebe. Die Politiker der Bundesrepublik seien entschlossen, Deutschland in die Gemeinschaft der freien Welt zu führen und sich auch gemeinsam mit der freien Welt gegen Angriffe zu verteidigen. Der CDU-Fraktionsvorsitzende wies darauf hin, daß eine Entscheidung der UN über die Entsendung einer Kommission lediglich für das Gebiet der vier Besatzungszonen Deutschlands Gültigkeit haben würde. Dies berühre nicht die Frage, daß auch das Saargebiet und die Gebiete östlich der Oder und der Neiße vom gesamten deutschen Volk als Teile Gesamtdeutschlands angesehen werden. Dieses Problem sei jedoch nicht aktuell, da vorerst alle Bemühungen darauf konzentriert werden müßten, in dem übrigen Deutschland überall freiheitliche Verhältnisse wiederherzustellen.

## A III 1 c DP

### WAV-Abgeordnete in der Deutschen Partei

Alle sieben WAV-Abgeordnete des Bundestages sind, wie Bundestagspräsident Dr. Ehlers in der Plenarsitzung am 6. Dezember mitteilte, zur Fraktion der Deutschen Partei übergetreten. Die sieben Abgeordneten bilden eine selbständige Gruppe „Deutsche Partei Bayern“, abgekürzt DPB. Es sind die Abgeordneten Hans Löfflad, Wilhelm Paschek, Otto Reindl, Wilhelm Schmidt, Johann Schuster, Josef Wallner und Konrad Wittmann. Leiter der Gruppe ist Otto Reindl. Die Gruppe der WAV ist aus dem Fraktionsverzeichnis des Bundestages verschwunden. Der Vorsitzende der WAV, Alfred Loritz, rangiert als fraktionsloser Abgeordneter. Die Fraktion der Deutschen Partei ist damit von bisher sechzehn Mitgliedern auf 23 angewachsen.

## A V m Länderneugliederung

### Mehrheit für den Südweststaat

Die Bevölkerung der drei südwestdeutschen Länder Württemberg-Baden, Südbaden und Württemberg-Hohenzollern hat sich am 9. Dezember in einer Volksabstimmung für den Südweststaat entschieden. Die erforderliche Mehrheit in der Gesamtabstimmung in mindestens drei der vier Stimmbezirke für den Südweststaat ist zustande gekommen. Nach den vorläufigen amtlichen Endergebnissen wurde in den vier Abstimmungsbezirken wie folgt entschieden: **Nordbaden:** stimmberechtigt: 995 251, abgegebene Stimmen 677 098 (68,0 Prozent), gültige Stimmen 669 586, ungültig 7 512. Südwest 382 017 (57,1 Prozent), Länder 287 569 (42,9 Prozent). **Nordwürttemberg:** stimmberechtigt: 1 632 317, abgegebene Stimmen 834 429 (51,7 Prozent), gültig 822 881, ungültig 11 548, Südwest 769 553 (93,5 Prozent), Länder: 53 328 (6,5 Prozent). **Württemberg-Hohenzollern:** stimmberechtigt: 776 703, abgegebene Stimmen 406 243 (52,3 Prozent), gültig 397 502, ungültig 8 746. Südwest 363 321 (91,4 Prozent), Länder 34 181 (8,6). **Südbaden:** stimmberechtigt: 883 526, abgegebene 622 530 (70,5 Prozent), gültig 616 691, ungültig 5 839. Südwest 233 245 (37,8 Prozent), Länder 383 440 (62,2 Prozent).

## A V m Länderneugliederung

### CDU-Politiker zum Abstimmungsergebnis

**Staatspräsident Wohleb** betonte nach der Abstimmung über die politische Neugliederung in Südwestdeutschland, daß der Prozentsatz für die Wiederherstellung Altbadens in Südbaden gegenüber der Volksbefragung vom vorigen Jahre gestiegen sei. Zähle man die Stimmen in Gesamtbaden durch, so komme man auf eine Mehrheit von 52,2 Prozent für Baden. „Ich habe allen Grund, der Bevölkerung des heutigen Landes Baden für diesen beispiellosen Sieg den Dank auszusprechen. Es ist ganz ausgeschlossen, daß wir dieses Abstimmungsergebnis für die Bildung eines Südweststaates als politisch ausreichend betrachten, zumal auch das Bundesverfassungsgericht zugegeben hat, daß das Gesetz in den entscheidenden Paragraphen eine Ungleichheit der Chancen bedeutet.“ Die Vergewaltigung des badischen Volkes durch den gekünstelten Abstimmungsmodus sei augenscheinlich. Deshalb appelliere er an die „höhere politische Einsicht des Bundestages“. Der Bundestag werde nicht umhin können, aus dem Abstimmungsergebnis Folgerungen zu ziehen. — „Wenn nun der Südweststaat erreicht worden ist, bedeutet dies, daß wir auch einen Kampf für Deutschland gewonnen haben“, erklärte **Staatspräsident Dr. Müller** von Württemberg-Hohenzollern. Der südwestdeutsche Raum werde künftig, staatlich geeint, eine bedeutsame Rolle unter den deutschen Ländern spielen. Das Bundesverfassungsgericht habe das der Volksabstimmung zugrunde liegende Verfahren gebilligt. „Es wäre ein Verbrechen gegen jede demokratische Grundordnung, wenn jemand versuchen wollte, die Entscheidung des Volkes anzufechten.“ — Der **Landesvorsitzende der CDU Nordbaden, Dr. Gurk**, erklärte, daß seine Parteifreunde getreu ihren Prinzipien aufrichtig in dem neuen Südweststaat mitarbeiten werden. Die CDU Nordbaden werde in dem neuen Staat gemeinsam mit der CDU Südbadens die Belange der badischen Landschaft und des badischen Volkes vertreten. Dr. Gurk bedauerte, daß dem Ergebnis ein gewisser Makel anhafte, weil die Durchzählung der Stimmen in Gesamtbaden abgelehnt worden sei.

## A II d Pol. Persönlichkeiten

### Wohleb dementiert

Staatspräsident Wohleb (CDU) dementierte am 8. Dezember Meldungen der Schweizer Presse, nach denen er beim Zustandekommen eines Südweststaates deutscher Gesandter in der Schweiz werden soll. Er habe mit dem Bundeskanzler bisher nicht über eine diplomatische Verwendung verhandelt. Wohleb erklärte, er habe zwar mit dem Bundeskanzler vor Monaten über die Besetzung des deutschen Konsulates in Basel gesprochen, dabei sei aber nicht seine Person erwähnt worden. Er habe lediglich Dr. Adenauer gegenüber geäußert, daß es begrüßen würde, wenn eine badische Persönlichkeit diesen Posten übernehmen könnte.

ANNO DAZUMAL,

ALS MAN NOCH ZEIT HATTE..



*Heute*, WO ES AUF  
JEDE MINUTE ANKOMMT, SCHREIBT  
MAN MIT DEM ROTBERINGTEN

**TINTEN-Kuli**

## A IV 3 a Allgemeines

### Streitgespräch Erhard-Nölting

Ein wirtschaftspolitisches Streitgespräch führten Prof. Erhard und der SPD-Abgeordnete Prof. Nölting auf einer Gemeinschaftsversammlung der CDU und SPD am 8. Dezember in Düsseldorf. Vor rund 5000 Zuhörern beschuldigte Prof. Nölting den Bundeswirtschaftsminister, daß seine Wirtschaftspolitik eine große nationale Gefahr bedeute. Bei dem Wettlauf zwischen Preisen und Löhnen sei der Arbeiterschaft der Atem ausgegangen. Eine sachliche Auseinandersetzung war aus der ganzen, etwa drei Stunden dauernden Veranstaltung kaum herauszusehen. Während Nölting seine häufig persönlichen und beleidigenden Attacken ohne Störversuche der Zuhörer aus den Kreisen der CDU halten konnte — er erklärte u. a., die Bundesminister seien „alle nur noch politische Leichen auf Urlaub“ —, mußte sich Prof. Erhard immer wieder mit vollem Stimmaufwand gegen den randalierenden SPD-Teil der Zuhörerschaft durchsetzen. Prof. Erhard erwiderte Nölting, das Feuerwerk der Vorwürfe seines sozialdemokratischen Gesprächspartners habe im wesentlichen nur aus Knallfröschchen bestanden, mit denen man bekanntlich nur in der Dunkelheit Erfolge erziele. Im hellen Licht der Wahrheit könnten sie nicht standhalten. Minister Erhard bewies dann die Richtigkeit seiner Politik an Hand eindrucksvoller Zahlen. So sei das Sozialprodukt in der Bundesrepublik seit 1948 um 80 Punkte auf 134 Prozent des Rüstungsjahres 1936 gestiegen. Die Beschäftigtenzahl hätte allein in den letzten drei Jahren um 3,7 Millionen auf 14,9 Millionen erhöht werden können. Die deutschen Exporte seien so weit ausgeweitet worden, daß die Einfuhr-Ausfuhr-Bilanz 1951 zum erstenmal nach dem Zusammenbruch ausgeglichen sein wird. Die Bundesrepublik sei aus einer Schuldner- in eine Gläubigerposition im Rahmen der Europäischen Zahlungsunion hineingewachsen. Die Deutsche Mark festige sich fortschreitend am internationalen Devisenmarkt, und die Sozialleistungen des Bundes seien im Verlauf dreier Jahre von 10,9 auf 17,8 Milliarden Mark gesteigert worden. Als der Minister abschließend betonte, den bisherigen Kurs fortsetzen zu wollen und als daraufhin in Protestrufen sein Rücktritt gefordert wurde, erklärte Erhard, leidenschaftlich bewegt: „Es hat Transparente gegeben: An den Galgen mit Adenauer und Erhard! Aber ich will lieber am Galgen hängen, als einen Schritt vor den Methoden zurückzuweichen, die unsere Demokratie bedrohen.“

## A e Junge Union

### Verpflichtung der jungen Generation

Die Situation der CSU sei jetzt gut, man müsse sie nur zu Nutzen verstehen, erklärte am 2. Dezember der stellv. CSU-Landesvorsitzende Karl S. Mayr vor dem Landtag der Jungen Union in Eichstätt. Der Landtag selbst beschloß eine Reihe von Resolutionen, mit denen konkrete Vorschläge für eine stärkere Aktivierung der Parteiarbeit gemacht werden. Angesichts der bevorstehenden Gemeindevahlen fordert die Junge Union eine stärkere Berücksichtigung der jungen Generation bei der Kandidatenaufstellung, eine tunliche Vermeidung von Ämter- und Mandatshäufungen sowie eine sorgfältige Auswahl von Kandidaten, die sich im Sinne der christlich-sozialen Weltanschauung bereits bewährt haben und die durch ihre einwandfreie Lebensführung und Sachkenntnis überzeugen. Die Aufstellung von Kandidaten, die nur bestimmten Interessengruppen dienen wollen, wird entschieden abgelehnt. Organisatorisch wurde der Wunsch nach einer beschleunigten Verabschiedung der neuen Satzung und nach umgehender Neuwahl der stellv. Landesvorsitzenden besonders unterstrichen. Eine häufigere Einberufung des Landesausschusses der CSU und die Wiederbelebung der kultur-, sozial- und wirtschaftspolitischen Ausschüsse der Partei wird für zweckmäßig gehalten. Die Arbeitsgemeinschaften in der Partei sollen mit hinreichendem Stimmrecht in der Satzung verankert werden. Unter ausdrücklicher Billigung der Außenpolitik des Bundeskanzlers sprach sich der Landtag der Jungen Union einmütig für die Europa-Idee aus. Für jegliche Art deutscher Verteidigungseinheiten wurde jedoch der Bruch mit dem Ungeist einer vergangenen Zeit und die Auswahl demokratisch eingestellter Kräfte als elementare Voraussetzung bezeichnet. Einstimmig wurde ein Appell an die jüngeren christlichen Kräfte gerichtet, die heute noch außerhalb der CSU stehen: „Als Christen haben wir eine gemeinsame Verpflichtung im politischen Raum. Zu ihrer Erfüllung ist die Geschlossenheit und Einigkeit aller christlichen Kräfte unserer bayerischen Heimat Voraussetzung. Wir rufen daher die junge christliche Generation eindringlichst auf, jede politische Zersplitterung zu vermeiden und sich in den Reihen der Jungen Union für die Verwirklichung der christlichen und sozialen Weltanschauung einzusetzen.“

## A I a Verteidigungsbeitrag

### Wehrpflicht Elementarfunktion der Demokratie

Als Mitglied des Parlamentarischen Rates habe Prof. Heuss seinerzeit gegen die Aufnahme der Kriegsdienstverweigerungsbestimmung in das Bonner Grundgesetz sowohl gesprochen wie auch gestimmt, da er die Wehrpflicht als eine der Elementarfunktionen der demokratischen Staatlichkeit betrachte. Auf der anderen Seite sei es selbstverständlich, daß diese Bestimmung Gültigkeit habe, nachdem das Grundgesetz mit ihr beschlossen und vom Bundespräsidenten beieidet worden sei. An der Ausgestaltung des entsprechenden Gesetzes habe nur die Legislative unmittelbaren Anteil. Diese Stellungnahme ließ Bundespräsident Prof. Heuss durch das Schreiben eines persönlichen Referenten dem Westdeutschen Jungmännerbund mitteilen, der auf seiner diesjährigen Bundesvertretung in einer an alle politisch Verantwortlichen gerichteten Entschliebung zur Aufrechterhaltung des Friedens und zur Frage eines deutschen Verteidigungsbeitrages für die Gewissensfreiheit eingetreten war und den Erlaß des schon lange in Aussicht gestellten Gesetzes zum Schutze des Kriegsdienstverweigerers aus Gewissensgründen gefordert hatte.

## A V f Nordrhein-Westfalen

### Die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden

In einem von den Fraktionen der CDU, der FDP und des Zentrums gemeinsam gestellten Antrag soll die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen durch den Landtag ersucht werden, geeignete Maßnahmen zu treffen, um „die stark ausgeweitete wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand auf das im öffentlichen Interesse unbedingt notwendige Maß zu beschränken“. Insbesondere sollen nach dem Wunsch dieses Antrages die Regierungspräsidenten angewiesen werden, bei den Gemeinden auf die Beachtung der in der Gemeindeordnung enthaltenen einschlägigen Einrichtungen und Beteiligungen hinzuwirken und zu prüfen, ob die bestehenden Einrichtungen und Beteiligungen der Gemeinden im Einklang mit diesen Vorschriften stehen. Der Antrag wünscht weiter, daß die Landesregierung allgemein allen Landesbehörden und den ihnen nachgeordneten und ihrer Aufsicht unterstehenden Dienststellen jede handwerkliche, industrielle und Handelstätigkeit sowie Dienstleistungen jeder Art untersagen möge, es sei denn, daß, wie es auch in der Gemeindeordnung heißt, der öffentliche Zweck eine solche Tätigkeit rechtfertigt und diese nicht besser und wirtschaftlicher durch andere Unternehmen erfüllt werden kann. — Die Abgeordneten Erken und Kühntau von der Landtagsfraktion der CDU ersuchen darüber hinaus die Landesregierung, unverzüglich eine Überprüfung der Betriebe vorzunehmen, bei denen Werkshandel festgestellt worden ist.

## VI Sowj. besetzte Zone

### Sowjetzonen-CDU erfindet „Christlichen Realismus“

Ein Programm des „Christlichen Realismus“, dessen Grundlagen u. a. von dem Generalsekretär der sowjethörigen Ostzonen-CDU, Gerald Götting, entworfen wurden, soll im Mittelpunkt des ersten sogenannten „Partei-Lehrjahres“ stehen, das von der Ostzonen-CDU am 1. Januar nächsten Jahres begonnen wird. Der „Christliche Realismus“ soll dabei auch von der grundsätzlichen Seite her das Verhältnis Christentum—Marxismus klären.

## C c Landesparteien

### Bezirksparteitag der CDU Meppen

Am 1. Dezember fand in Meppen der Bezirksparteitag der CDU statt. Alle Kreisverbände des Regierungsbezirks hatten zahlreiche Delegierte entsandt. Bundesarbeitsminister Storch, der Vorsitzende der Union in Niedersachsen, Oberkirchenrat Cillien, die Bundestagsabgeordneten Eckstein, Dr. Ben Povel und Frau Dr. Gröwel standen Rede und Antwort, nachdem Dr. Rüschemeyer mit einem fundierten Referat zu der Frage, ob man noch von ganzem Herzen überzeugter Demokrat sein könne, die Tagung eröffnet hatte. Die Diskussion, an der sich Vertreter aller Berufe beteiligten, war außerordentlich lebhaft. Bundesminister Storch erzielte mit seinem Leistungsbericht über die Arbeit der Bundesregierung seit dem Jahre 1949 außerordentlichen Eindruck. Der bisherige Hauptvorstand des Bezirksverbandes, mit Dr. Rüschemeyer an der Spitze, wurde einstimmig und unter großem Beifall wiedergewählt. Die versammelten Delegierten sandten ein Gruß- und Danketelegramm an Bundeskanzler Dr. Adenauer.

## Was will der DGB?

Von christlicher Arbeitnehmerseite wird uns geschrieben:

Der Bundesausschuß des DGB hat am 3. 12. in Düsseldorf beschlossen, die Mitarbeit der Gewerkschaften in den wirtschaftspolitischen Ausschüssen der Bundesregierung einzustellen. Von diesem Beschluß werden die beim Bundeskanzleramt bestehenden paritätischen Ausschüsse, wie z. B. der Investitionsausschuß, der Ausschuß für Lohn und Preis und der Ausschuß für Export und Import betroffen. Damit verweigert der DGB seine Mitarbeit gerade in den Gremien, die schon jetzt vor Errichtung eines Bundeswirtschaftsrates dessen Aufgaben vorweg wahrzunehmen haben. Wir müssen da fragen, ob das die Haltung ist, die der DGB auch im künftigen Bundeswirtschaftsrat einzunehmen gedenkt, nämlich jederzeit die Mitarbeit aufzukündigen, wenn ihm die wirtschaftspolitischen Entscheidungen der Regierung, des Parlamentes, nicht gefallen? Wenn dem so sein sollte, dann brauchten wir uns über die Frage eines Bundeswirtschaftsrates nicht weiter zu unterhalten. Dann ist sein Schicksal schon bestimmt, noch ehe er geschaffen wurde. Es wird ihm dann nicht besser ergehen als dem Reichswirtschaftsrat nach dem ersten Weltkrieg. Wo sollen wir hinkommen, wenn die Vertreter des Wirtschaftslebens, denen Verantwortung für das gesamtpolitische Geschehen des Wirtschafts- und Soziallebens auferlegt ist, jederzeit sich dieser Verantwortung zu entledigen und sich zurückziehen in der Lage sind?

Wenn wir uns die Begründung der Gewerkschaften für ihren Schritt ansehen, müssen wir uns fragen, was daran falsch und was richtig ist. Man kann über die beanstandeten Entscheidungen der Regierung und des Bundestages verschiedener Auffassung sein. Soll man beispielsweise das englische Vorbild einer planwirtschaftlichen Ordnung gelten lassen? Das Ergebnis ist doch, daß sich in England ein Fehlbedarf von 1 Milliarde Pfd. Sterling Einfuhrüberschuß in den ersten 10 Monaten 1951 ergab

gegenüber 182 Millionen DM in derselben Zeit im Bundesgebiet.

Die Bundesrepublik steht mit ihren Leistungen für soziale Bedürfnisse mit 51,8% des Steueraufkommens in der Spitzengruppe der europäischen Völker. In Belgien werden 26 v. H., in Schweden 29,6, in Dänemark 31,3, in Großbritannien 39,3, in Norwegen 45,5 v. H. des Steueraufkommens für gleiche Zwecke verwandt. Das sind doch schon allerhand Leistungen, die freilich auch durch den starken Arbeitswillen unseres Volkes ermöglicht wurden.

Es gibt nun einmal für die Lösung aller der Probleme, die sich aus unserer unerhört schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Lage ergeben, keine einheitlichen Rezepte. Aber eins steht fest: Die sozialpolitischen Maßnahmen, die Hilfe für die sozial schwachen Schichten, der allgemeine Lebensstandard des Volkes, all dieses hängt von der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und der Höhe des Sozialproduktes ab. Die Gewerkschaften haben dafür gesorgt, daß die Arbeiterschaft im großen und ganzen an den Erträgen der Wirtschaft entsprechend beteiligt wurde. Außer der Arbeiterschaft gibt es aber auch Volksschichten, die mehr als andere in ihren Einkommensverhältnissen und in ihrer Lebenshaltung zurückgeblieben sind. Es müßte mit das Ziel der Zusammenarbeit in den wirtschaftspolitischen Gremien sein, durch weitere Steigerung der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß auch diesen Schichten geholfen werden kann. Die Gewerkschaften werden mit einer Politik des „Alles oder nichts“ im Sinne der von Dr. Agartz auf dem Bundeskongreß in Essen aufgestellten planwirtschaftlichen Konzeption ihrer verantwortlichen Aufgabe nicht gerecht. Das Gesamtinteresse des Volkes erfordert den Ausgleich der Interessen und der Auffassungen. Das ist aber ohne verständigungs-bereite Zusammenarbeit der Vertreter des Wirtschaftslebens in den wirtschaftspolitischen Organen nicht möglich.

## Ausgabenstop oder Gefahr für die Währung

Im Zusammenhang mit Aufwandsteuer und Autobahngebühr ist die Diskussion über den Fehlbetrag im Bundeshaushalt heftig geführt worden. Die Tatsache, daß beide Gesetze vom Parlament in der ersten Lesung zunächst zum Scheitern gebracht wurden, hat nach dem Abebben der Diskussion hierüber vielfach die Meinung aufkommen lassen, als sei die ganze Angelegenheit nun erledigt. Sie ist es aber nicht. Denn das Defizit im Haushalt des Bundes bleibt weiter bestehen; auch die verhältnismäßig guten Steuereinnahmen können das Loch nicht vollends füllen. Wie Bundesfinanzminister Schäffer bereits vor einigen Wochen auf einer Pressekonferenz der CSU in Bonn zu verstehen gab, bleibt ihm vorläufig kein anderer Weg, als die Ausgaben des Bundes zu stoppen und sich jedem neuen Antrag des Parlaments auf weitere Bewilligungen zu widersetzen; es sei denn, realisierbare Deckungsvorschläge sind dem Antrag beigefügt, wie es auch die neue Geschäftsordnung des Bundestages vorsieht.

Vor einigen Tagen hat sich das Kabinett nun erneut ausführlich mit der Haushaltslage beschäftigt und über die Möglichkeit eines weiteren Nachtragshaushalts diskutiert. Der Bundesfinanzminister hat dem Drängen selbst seiner eigenen Kabi-

nettskollegen, dringende Ausgaben noch im laufenden Haushaltsjahr zu bewilligen, ablehnen müssen. Ihm scheint der Ausgleich des Haushalts wesentlicher als z. B. der sachlich durchaus gerechtfertigte Ausbau des Auswärtigen Amtes noch vor dem 31. März 1952 und bestimmte dringend notwendige Erweiterungen im polizeilichen Verwaltungsbereich, das dem Bundesinnenministerium untersteht.

Zu diesem sogenannten Ausgabenstop nahm das Bundesfinanzministerium in der Ausgabe des „Bulletin“ vom 8. Dezember folgendermaßen Stellung:

Ein ausgeglichener Haushalt ist für ein gesundes Staatswesen unerlässlich. Die Stabilität der Währung und die Krisenfestigkeit der Volkswirtschaft hängen in hohem Maße hiervon ab. Die Erfahrungen der Vergangenheit haben die Väter des Grundgesetzes veranlaßt, im Art. 110 des Grundgesetzes die Bundesregierung und den Bundestag zu verpflichten, den Haushaltsplan in Einnahmen und Ausgaben auszugleichen. Darüber hinaus gibt der Art. 113 des Grundgesetzes der Bundesregierung das Recht — aber auch die Pflicht — darüber zu wachen, daß der Haushalt ausgeglichen bleibt. Dieser Artikel sieht nämlich

vor, daß alle Beschlüsse des Bundesrates und des Bundestages, die Neuausgaben in sich schließen oder für die Zukunft mit sich bringen, der Zustimmung der Bundesregierung bedürfen. Die verantwortlichen Stellen sind auf Grund dieser Artikel verfassungsmäßig verpflichtet, Ausgaben ohne haushaltmäßige Deckung abzulehnen. Es ist selbstverständlich, daß von dem Verweigerungsrecht nur in Fällen von erheblicher Tragweite Gebrauch gemacht werden wird.

Das Vorliegen einer Reihe neuer Anträge zur Bewilligung zusätzlicher Haushaltsmittel — es geht hierbei um rd. 250 Mill. DM — zwingen zu der Schlussfolgerung, daß sich die Antragsteller der Notwendigkeit eines ausgeglichenen Bundeshaushalts nicht voll bewußt sind, da den Anträgen keine Vorschläge über evtl. Deckungsmöglichkeiten beiliegen.

Die neue Geschäftsordnung des Bundestages sieht in ihrem § 94 eine besondere Regelung für alle Anträge vor, die in erheblichem Umfang auf die öffentlichen Finanzen einwirken können; dazu gehören alle Vorlagen, die den Bundeshaushalt, Einnahmen oder Ausgaben, das Vermögen, die Schulden oder Bürgschaften, die Steuern, Abgaben und Gebühren betreffen. Solche Finanzvorlagen sollen nach Abs. 1 des § 94 unmittelbar dem Haushaltsausschuß überwiesen werden. Nach § 94 Abs. 3 der Neuen Geschäftsordnung kann ein im Bundestag gestellter Antrag, der eine Finanzvorlage darstellt, nur dann beraten werden, wenn sie mit einem Ausgleichsantrag zu ihrer Deckung verbunden ist. Zur Schätzung einer Einnahmenerhöhung oder Ausgaben-senkung im Ausgleichsantrag muß die Bundesregierung vorher gehört werden, wobei Antrag und Ausgleichsantrag einen einheitlichen, nicht teilbaren Antrag bilden müssen. Diese Voraussetzungen sollen jedoch für Anträge entfallen, die während der Beratung des Haushaltsplanes gestellt werden. Sollen solche Anträge jedoch vor der Verabschiedung des Haushalts durchgeführt werden, so ist zugleich über die Deckung zu beschließen.

Leider hat das Abstimmungsergebnis gezeigt, daß entgegen den gestellten Erwartungen die verfassungsrechtlichen Bedenken einer Minderheit, die gegen den § 48a der bisherigen Geschäftsordnung des Bundestages geltend gemacht worden sind, durch die Neufassung des § 94 nicht ausgeräumt worden sind. Die Aufnahme dieses Paragraphen in die Neue Geschäftsordnung ist von der Mehrheit des Bundestages durchgesetzt worden mit der Begründung, daß es sich dabei um das moralische Gesetz der Verantwortung des Parlaments handle, und bestätigt, daß die Mehrheit des Parlaments der Notwendigkeit eines ausgeglichenen Haushalts Rechnung getragen hat.

In diesem Zusammenhang dürfte eine Betrachtung der Haushaltslage des Bundes von Interesse sein. Der Haushalt für 1951/52 und der Erste Nachtragshaushalt waren bei ihrer Aufstellung innerlich abgeglichen. Durch die Beschlüsse der parlamentarischen Körperschaften in der letzten Zeit ist der Ausgleich des Haushalts zunichte gemacht worden. Bundestag und Bundesrat haben die Vorschläge über die Einführung einer Aufwandsteuer und einer Autobahngebühr abgelehnt. Die Länder haben die vorgesehene Erhöhung des Bundesanteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer von 31,3 v. H. auf 27 v. H. herabgesetzt. Diesen Ausfällen auf der Einnahmenseite stehen notwendige Mehrausgaben — wie die Erhöhung der Berlin-

## Schäffer läßt Schumacher vor Gericht

hilfe und der Arbeitslosenfürsorge — gegenüber. Die Gesamlage wird noch schwieriger durch die Tatsache, daß die Einnahmen für den außerordentlichen Haushalt in Form langfristiger oder mittelfristiger Anleihen nicht beschafft werden konnten. Die Ausichten auf ein Mehraufkommen von Steuern bringen nur eine Teilentlastung. Die geschulderte Entwicklung gibt zu ernststen Sorgen Veranlassung, zumal sie auch den kommenden Haushalt überschattet.

Da an der Notwendigkeit eines ausgeglichenen Haushalts nicht vorbeigegangen werden kann, so ergibt sich für sie alle — die Mitglieder der Regierung, des Bundestages und des Bundesrates — die Verpflichtung, Anträge und Beschlüsse von finanzieller Bedeutung nur dann zu stellen, beraten und zu fassen, wenn sie mit echten Deckungsvorschlägen verbunden sind. Die Befolgung des Art. 113 des Grundgesetzes ist eine Frage der Staatsdisziplin, während die Einhaltung des Art. 94 der Geschäftsordnung des Bundestages eine Frage der Disziplin der staatsbewußten Parteien ist.

### Ende einer „Bewegung“

Die letzten sieben Abgeordneten der Bundestagsfraktion der WAV sind zur Bundestagsfraktion der Deutschen Partei übergetreten. Von den ursprünglich zwölf Mitgliedern der WAV-Bundestagsfraktion hatten sich bisher bereits fünf „verabschiedet“. Drei sind dem BHE beigetreten, zwei (darunter der „Parteigründer“ Alfred Loritz) sind „fraktionslos“ geworden. Das Ende der WAV-Fraktion setzt einen Schlußstrich hinter ein wenig erfreuliches Kapitel der deutschen Parteigeschichte. Die „Bewegung“, die einst mit dem Namen Alfred Loritz verknüpft war, hat wesentlich dazu beigetragen, die Zweifel, die man nach dem Kriege einem Erstarren demokratischer Ideen in Deutschland entgegenbrachte, zu vermehren. Durch den Umstand, daß diese „Bewegung“ auf bayerischem Boden entstand, wurde Bayern in besonderer Weise in Mitleidenschaft gezogen. Es hat keinen Sinn, anlässlich des sanften Hinscheidens der WAV noch einmal alle Umtriebe und Skandale aufzuwärmen, durch die die WAV und ihr Gründer eine traurige Berühmtheit erlangt haben. Es genüge, an jene dunkle Stunde der bayerischen Nachkriegsgeschichte zu erinnern, in der Alfred Loritz in ein bayerisches Ministerium einzog.

Die erwähnten sieben WAV-Abgeordneten haben in der Deutschen Partei eine selbständige Gruppe „Bayern“ gebildet. Durch diesen Schritt hat gleichzeitig die Deutsche Partei zu erkennen gegeben, daß sie in Richtung Bayern nun „von oben her“ die gleiche Tendenz verfolgen will, wie sie in den letzten Monaten das Zentrum „von unten her“ angekündigt hat.

Der Schritt der letzten sieben WAV-Abgeordneten hat aber noch eine andere Bedeutung: Sie haben sich der Deutschen Partei — also einer Regierungspartei — angeschlossen und haben dadurch die Zahl der Koalitionssitze im Bundestag erhöht. Damit ist die Regierungsmehrheit, die bei der Konstituierung der Bundesrepublik 208 Abgeordnete gezählt und sich in den seither verflorbenen 2 1/4 Jahren auf 214 erhöht hatte, nunmehr auf 221 gestiegen. Daß dieser letzte Zuwachs fast just an dem Tage erfolgte, an dem der SPD-Pressedienst von der „Bundesregierung ohne Mehrheit“ schrieb, ist eine kleine Pikanterie am Rande.

Der Bundesfinanzminister Dr. Schäffer hat an den Vorsitzenden der SPD ein Schreiben gerichtet, in dem er Dr. Schumacher auffordert, vor Gericht ihm Rede und Antwort zu stehen über beleidigende Äußerungen, die dieser in einer Pressekonferenz am 19. 10. 1951 in Bonn getan hat.

Dr. Schumacher hat, wie in dem Schreiben Dr. Schäffers festgestellt wird, u. a. gesagt: „Bundesfinanzminister Schäffer hat auf dem Reichenhaller Parteitag auch eine Rede gehalten; da waren die sieben Bitten des Vaterunser enthalten, jede Bitte illustriert mit einem politischen Tatbestand. Ich habe nie eine gewöhnlichere und plumpere Gotteslästerung gesehen als diese...“

Das hat mit Dr. Schumacher gar nichts zu tun. Aber was ist das, ist das die deutsche Demokratie, diese ordinäre Gotteslästerung? Das ist der Bundesfinanzminister! Nun werden Sie sich wundern, daß kein deutscher Sozialdemokrat und kein Mensch mit Gefühl für Sauberkeit diesen Dr. Schäffer nicht als seinen deutschen Bruder empfindet. Bei Tuchfühlung muß man auch immer Rücksicht auf den eigenen Anzug nehmen.“

Dr. Schäffer schreibt hierzu, daß er erst jetzt von diesen Äußerungen Kenntnis erhalten habe und fährt u. a. fort:

„Es ist richtig, ich habe auf dem Landesparteitag der CSU in Bad Reichenhall vor langen Monaten u. a. über „das Wesen und die Aufgaben einer christlichen Partei“ gesprochen. Da ich das eitle Spiel einer äußeren Gelehrsamkeit und das Spiel mit überspitzten Wortformulierungen nicht liebe, sondern mit meinen Parteifreunden in der einfachen Sprache sprechen will, die von Mensch zu Mensch und von Herz zu Herz geht, habe ich an das angeknüpft, was allen gemeinsam ist, die den Namen „Christen“ für sich in Anspruch nehmen. Die das tun, beten zu einem Gott und, wenn das Gebet wahr ist, dann leben sie auch dieses Gebet. Dann leben sie es in ihrem ganzen Lebensbereich; als Menschen, in der Familie und im Staat.“

Von diesen Gedanken ausgehend habe ich in Anlehnung an das gemeinsame Gebet aller Christen, das Vaterunser, darzulegen versucht, welchen Weg bei den großen ge-

sichtlichen Entscheidungen eine christliche Partei immer gehen mußte und wie dieser Weg allein das Glück der Völker verbürgt.

Das Echo dieser Rede lebt heute noch in meiner bayerischen Heimat fort, und ich glaube, damals wirklich die richtigen Worte gefunden zu haben, um meinen Zuhörern und darüber hinaus den Anhängern des christlichen Staatsgedankens überhaupt eine innere Festigung ihrer Überzeugung und das Bewußtsein gegeben zu haben, daß der von ihnen beschrittene Weg der Weg zum Glück des gesamten deutschen Volkes und aller Völker ist.

Im allgemeinen ist es üblich, daß die echte Überzeugung eines Mannes und einer Gemeinschaft Achtung findet selbst bei denen, die nicht die Stärke haben, um diese Überzeugung für sich finden und mit den anderen teilen zu können.“

Dr. Schäffer bringt in seinem Briefe weiter zum Ausdruck, daß Dr. Schumacher gar nicht einmal versuche, die Überzeugung dessen zu verstehen, der dem christlichen Staatsgedanken anhängt, und schließt mit den Worten:

„Sie werden verstehen, daß ich nicht bereit bin, eine solche Tonart im öffentlichen Leben schweigend hinzunehmen. Das würd mir als Schwäche ausgelegt. Ich möchte Sie daher in aller Form fragen, ob Sie bereit sind, mir die Möglichkeit zu geben, daß wir uns vor einem Gericht über Ihre Äußerungen auf der Pressekonferenz unterhalten.“

Ich bitte Sie um die Erklärung, ob Sie bereit sind anzuerkennen, daß Sie diese Äußerungen auf der Pressekonferenz vom 19. 10. gemacht haben, und ich bitte Sie weiterhin um die Erklärung, ob Sie bereit sind, die Aufhebung Ihrer Immunität als Abgeordneter des Bundestages selbst zu beantragen, um mir Gelegenheit zu geben, mich mit Ihnen von Mann zu Mann vor einem deutschen Gericht auszusprechen.

Sie wissen, daß es der Übung des Deutschen Bundestages entspricht, im Fall von Beleidigungen die Immunität nur aufzuheben, wenn beide Teile die Aufhebung wünschen.“

### Ein Erfolg und sein Echo

Während die lauten sowjetzonalen Rufer nach „Gesprächen“ nur zögernd der Einladung nach Paris nachgaben, hat die Bundesrepublik auf die Pariser Einladung sofort mit der Benennung ihrer Delegation reagiert. Die Entwicklung der Behandlung der deutschen Frage durch die Vereinten Nationen hat sich eindeutig als ein neuer Erfolg der deutschen Politik herausgestellt. Das ging schon aus dem Wortlaut des Antrages der drei Westmächte an die Vereinten Nationen hervor: „Die Regierungen Großbritanniens, der USA und Frankreichs haben einen Vorschlag des deutschen Bundeskanzlers aufgegriffen und der Vollversammlung einen Antrag zur Bildung einer internationalen unparteiischen Kommission unterbreitet.“

Der Erfolg der Politik der Bundesregierung ist in diesem Falle so klar, daß sogar die politische Opposition in der Bundesrepublik ihn zunächst wenigstens schweigend zur Kenntnis nehmen mußte. Nachdem aber nun einmal nach ungeschriebenen Regeln in jedem Falle ein sozialdemokratisches „Nein“ fällig werden mußte, flüchtete man sich in eine Nörzelei über die Zusammensetzung der deutschen Delegation zur UNO-Versammlung, schob den sozialdemokratischen Berliner Oberbürgermeister

Reuter mit einer Handbewegung beiseite und erklärt, die SPD, die „größte deutsche politische Partei“ (?), sei von Regierungsseite zu den Gesprächen der UNO über gesamtdeutsche Wahlen nicht zugezogen worden. Professor Reuter sei „als Sprecher der gesamten Bevölkerung Berlins und nicht als Sozialdemokrat aufgetreten“. Man gewinnt angesichts einer solchen Argumentation den Eindruck, als könne die SPD wirklich nur mehr „parteiologisch“ denken. Man hat doch nach Paris nicht einen CDU-Mann, einen FDP-Mann und einen SPD-Mann geschickt, damit sie dort CDU-, FDP- oder SPD-Politik machen, sondern drei deutsche Politiker (darunter den Berliner Oberbürgermeister), damit sie vor den Vereinten Nationen deutsche Angelegenheiten vertreten, was auch geschah. Der Gedanke, vor den Vereinten Nationen etwa Parteiolitik treiben zu wollen, ist geradezu absurd, und deshalb war es auch durchaus nicht notwendig, jemanden nach Paris zu schicken, der dort „als Sozialdemokrat auftreten“ sollte!

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, Bonn, Blücherstr. 14. Redaktion: Bonn, Pressehaus IV am Bundeshaus, Schließfach 102. Druck: Buch- u. Verlagsdruckerei L. Leopold, Bonn.